



## DIE LINKE fordert Sozialtarife bei Strom

Andere Fraktionen im Städteregionstag an Lösung gegen Energiearmut nicht interessiert

Seit Jahren kennen Privatkunden bei ihrer Stromrechnung nur eine Richtung. Sie bezahlen für ihre Kilowatt-Stunde quasi von Jahr zu Jahr immer mehr, obwohl die Großhandelspreise tendenziell sinken. Ein immer größerer Anteil am Haushaltseinkommen wird für den Bezug von elektrischer Energie ausgegeben. Muss das sein?

Ganz zu Anfang sollte eins klargestellt werden: Es liegt nicht an der Energiewende selbst und an der Förderung der erneuerbaren Energien. Vielmehr ist es die absichtlich schlechte Umsetzung, die sich fast ausschließlich an den Interessen der großen Energiekonzerne und der Industrie orientiert. Änderungen auf Bundesebene brauchen – zumindest wenn sie notwendig und sinnvoll sind – ihre Zeit. Viele Haushalte können nicht so lange warten. Deshalb hat die LINKE sowohl im Aachener Stadtrat als auch im Städteregionstag Anträge eingebracht:



Die Vertreter in den Gremien der regionalen Versorger sollten darauf hinwirken, Sozialtarife für bedürftige Menschen anzubieten.

Dies hätte zweierlei Vorteile: Für Arbeitslose bzw. Empfänger von Hartz IV-Leistungen hätte es eine spürbare finanzielle Entlastung gegeben. Und die Wahrscheinlichkeit von Stromsperrern, die leider auch in unserer Region vorkommen, wäre gesunken. *Fortsetzung Seite 2*

## Teure Fahrkarten für den Bus LINKE stört das jährliche Ritual

Die Vorstellung wiederholt sich – fast – jährlich. „Es ist bedauerlich, aber leider nicht zu ändern“, erklärt der graumelierte Herr in ernstem Ton. „Unsere Kosten sind gestiegen“. Fast sämtliche Zuhörer stimmen ihm zu. Ort der Aufführung: Der Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen. Der ernste Herr ist Hans-Joachim Sistenich, Geschäftsführer des Aachener Verkehrsverbundes (AVV): Er hat soeben erklärt, warum auch in diesem Jahr das Bus- und Euregiobahnfahren wieder deutlich teurer werden muss. Die Zustimmenden sind die Vertreter von CDU, SPD, Grünen und FDP im Ausschuss.

Der Tagesordnungspunkt wäre schnell abgehakt, wenn nicht der Autor dieser Zeilen das Ritual stören würde.

Ich vermag nicht einzusehen, dass die Fahrpreiserhöhungen Jahr für Jahr abgenickt werden, ohne den Automatismus einmal in Frage zu stellen. Das wäre dringend geboten, denn die Erhöhungen liegen mit 3,5 bis 4,5 % über der Inflationsrate. Da drängt sich der Verdacht auf, dass

mit den höheren Fahrpreisen nicht nur die gestiegenen Kosten aufgefangen werden, sondern dass klammheimlich die Beteiligung der Fahrgäste an der Finanzierung des ÖPNV erhöht und die der Städte und Kreise in der Aachener Region verringert wird. Dass Kosten in einem gewissen Rahmen steigen, ist normal. Selbst, wenn wirklich nur diese Kosten zu 100% an die Fahrgäste weitergegeben würde, wäre das nicht zu akzeptieren.

Öffentlicher Nahverkehr ist eine wichtige öffentliche Aufgabe. Sie wirft keinen Gewinn ab. Das Defizit wird zu einem großen Teil von der Stadt Aachen, der Städteregion und den Kreisen Düren und Heinsberg und der Kreise getragen. Den meisten Parteien geht es offenbar nur darum, höhere Kosten für die öffentlichen Kassen zu vermeiden. Sollen doch die Fahrgäste zahlen!

Wie fest diese Haltung sitzt, zeigte der Kampf um die Einführung des Sozialtickets für Empfänger von Transferleistungen.

Nach mehrjährigem Streit gab die Blockademehrheit von CDU, SPD, Grünen und FDP klein bei und

*Fortsetzung Seite 5*

## Stimmen für soziale Gerechtigkeit

Linke Direktkandidaten nominiert - Für die Stadt Aachen Andrej Hunko, für den Altkreis Aachen Marika Jungblut



Im September stehen wieder Bundestagswahlen an. Ich freue mich sehr, dass mich DIE LINKE Aachen mit 96,4% zum Direktkandidaten für Aachen Stadt und DIE LINKE NRW mit 91,4% auf den aussichtsreichen 4. Platz der Landesliste gewählt hat.

Als ich 2009 in den Bundestag gewählt wurde, war das für mich

*Fortsetzung Seite 10*



*Frau Jungblut, Sie wurden zur Direktkandidatin für den Kreis Aachen zur Bundestagswahl 2013 gewählt. Können Sie kurz etwas zu Ihrer Person sagen.*

Nun, ich bin Mutter dreier Kinder, die ich auch größtenteils alleinerziehend betreue. Dennoch habe ich während dieser Zeit mein Abitur im 2. Bildungsweg am Euregio Kolleg in Würselen gemacht.

*Fortsetzung Seite 11*



Fortsetzung: Linke fordert Sozialtarife bei Strom

**Stromsozialtarif als regionale Übergangslösung**  
Wenig überraschend war das mangelnde Interesse der Städteregion, die an den Unter-

nehmen Enwor und EWW beteiligt ist, an solchen Sozialtarifen. Eher beschämend war jedoch das offene kundige Desinteresse der übrigen Fraktionen im Städteregionstag an diesem Thema. Vor allem SPD und Grüne, die ansonsten in jedem

Wahlkampf ihre soziale Ader entdecken, fielen durch ihr Schweigen auf. Ist ihnen das Schicksal einkommensschwacher Haushalte so gleichgültig?

nachhaltige Versorgung mit elektrischer Energie muss für jeden sichergestellt sein.

**Harald Siepman,**  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Städteregionstag

DIE LINKE arbeitet schon lange an einem Konzept zur sozialen Gestaltung der Energiewende. Diese fußt auf sieben Grundpfeilern:

#### 1. Willkür der Stromversorger bei der Preisbildung beenden

Um rund zwei Cent könnte der Strompreis niedriger liegen, gäbe es eine funktionierende Aufsicht und Regulierung des Endkundengeschäfts beim Strom. Denn hier, bei der Festlegung des Strompreises für Privathaushalte, organisieren sich die Versorger zu Lasten der Haushaltskunden hemmungslos Sonderprofite.

#### 2. Unberechtigte Industrie-Rabatte zu Lasten der Privathaushalte abschaffen

Die Kosten der Energiewende dürfen nicht länger einseitig bei privaten Haushalten und kleinen Unternehmen abgeladen werden. An der Finanzierung muss sich künftig auch die energieintensive Industrie beteiligen. Diese wird gegenwärtig bei Umlagen und Abgaben vielfältig privilegiert.

#### 3. Stromsteuer senken

Der zu erwartende Anstieg der EEG-Umlage darf nicht zu einer weiteren Strompreiserhöhung führen. Darum soll die Stromsteuer für private VerbraucherInnen abgesenkt werden.

#### 4. Der Sockeltarif für Strom: Grundversorgung sicherstellen, Verschwendung eindämmen

Jeder Energieversorger wird dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen. Dieses Tarifmodell ist durch zweierlei gekennzeichnet: Jeder Privathaushalt erhält ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom. Der darüber hinausgehende Stromverbrauch wird teurer als heute, weil die Kosten des Grundkontingents hierhin umgelegt werden.

#### 5. Stromsperren beenden

Das Sperren der Stromversorgung bei privaten Haushalten aufgrund von Zahlungsunfähigkeit muss ein Ende haben. Denn die Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

#### 6. Abwrackprämie für Stromfresser

Alte Elektrogeräte sind meist wahre Energieschleudern. Sie erhöhen die Stromrechnung und belasten über ihren hohen Verbrauch das Klima. Besonders energieeffiziente Neugeräte sind jedoch im Anschaffungspreis teurer als solche mit höherem Stromverbrauch.

#### 7. Energetische Gebäudesanierung ohne kalte Verteilung

Gegenwärtig stehen die Stromkosten im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Doch die geplante Beschleunigung der energetischen Gebäudesanierung könnte eine neue Kostenwelle für Mieterinnen und Mieter sowie selbst genutztes Wohneigentum verursachen, sofern nicht rechtzeitig gegen gesteuert wird.



## Ja zur Campusbahn

**Öffentlicher Nahverkehr muss attraktiv und für die Fahr-**

**gäste bezahlbar sein. Für diese Ziele streitet DIE LINKE. Mit der Einführung des von uns vorgeschlagenen Sozialtickets in der Städteregion haben wir einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht. Wer lange arbeitslos ist, bleibt trotzdem mobil und wird nicht ausgegrenzt.**

Die Einführung einer Stadtbahn in Aachen ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Attraktivität. Das Bussystem gelangt auf den Strecken von der City nach Brand und zum Hochschulgebiet Melaten an seine Grenzen. Leidtragende eines schlechten Nahverkehrsangebotes sind vor allem Menschen, die darauf angewiesen sind, z.B. Menschen mit wenig Geld, SchülerInnen und StudentIn-

nen. Will man zu den bereits zahlreichen Fahrgästen weitere hinzugewinnen, weil jedes Auto, das in der Garage bleibt, die Luftqualität verbessert, ist das Bussystem völlig untauglich. Seit 1985 haben viele französische Städte, u.a. unsere Partnerstadt Reims, moderne Stadtbahnen eingeführt. Die erwarteten Fahrgastzahlen wurden fast immer übertroffen, oft erheblich. Woran liegt das? Untersuchungen belegen, dass eine Stadtbahn deutlich attraktiver ist als ein Bus. Die Euregiobahn, die Aachen mit Alsdorf, Heerlen, Stolberg und Eschweiler verbindet, war bereits ein großer Erfolg. Leider fährt sie nicht in Aachener Stadtmitte hinein.

Natürlich kostet eine Stadtbahn Geld. Die Stadt kann mit erheblichen Zuschüssen rechnen. Einen Teil müssen wir aus dem Aachener Haushalt decken. Hier gilt es, seriös zu rechnen und sparsam zu planen.



"Heute in Straßburg, morgen in Aachen? Moderne Stadtbahn."

Darauf wird die LINKE achten. Das tun wir auch bislang schon bei öffentlichen Projekten. Fairerweise muss gesagt werden, dass die meisten Bauvorhaben der Stadt im Kostenrahmen bleiben. Würden wir die Stadtbahn nicht bauen, müssten wir eine andere, schlechtere Lösung finden. Auch die würde viel Geld kosten. Und wenn wir einfach gar nichts machen würden? Wenn wir einfach weiter Busse fahren lassen nach dem Motto: „Ist der Bus voll, musst Du halt auf den nächs-

ten warten. Oder auf den übernächsten?“ Dann würden wir sagen, dass es uns im Grunde egal ist, wie die Aachener von A nach B kommen.

Zu einer sozial gerechten und damit zukunftsfähigen Stadt gehört nach unserer Überzeugung auch ein leistungsfähiger Nahverkehr. Die Aachenerinnen und Aachener sind uns das wert!

**Andreas Müller,**  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Rat, Aachen



# Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel

**Was für ein vieldeutiger Begriff! Allerdings lässt sich die Intransparenz dahinter schon erahnen. Konkret – es soll neben dem bekannten Mietspiegel einen weiteren geben. Der neue Mietspiegel soll demnach die abstrakt angemessene Leistung für die Unterkunft von Grundsicherungsempfängern festlegen.**

Diese Festlegung soll nach wissenschaftlichen Methoden erfolgen, wofür die Städtereion ein externes Unternehmen beauftragt hat. Wir befürchten dabei jedoch, dass die Festlegung nach dem Bedarf der Institution und nicht den Bedürfnissen der Menschen erfolgen wird. Um uns aber ein umfassendes und sachgerechtes Bild machen zu können, hat unsere Fraktion im Städtereionstag ein Auskunftersuchen an die Verwaltung der Städtereion gerichtet, in dem um Einblicknahme in die abgeschlossene Vereinbarung mit dem beauftragten Unterneh-

men angefragt wird. Aus dieser Vereinbarung wollen wir entnehmen, wo die Schwerpunkte der Beauftragung beim zu erstellenden „grundsicherungsrelevanten Mietspiegel“ gelegt wurden. Denn es gibt zwar eindeutige Leitplanken, die seitens des Bundessozialgerichtes (BSG) aufgestellt wurden, aber dennoch lassen Begrif-

fe wie „Angemessenheit“ oder „örtliche Vergleichsräume“ Möglichkeiten zur Gewichtung oder Auslegung zu. Das kann bedeuten, dass auch künftig Leistungen, die vom Grundsatz her zustehen, den Leistungsempfängern verweigert werden bzw. deren Erhalt erschwert wird.

Künftig betroffene Leistungsempfänger werden ihr Augenmerk darauf richten müssen, ob die Forderungen des Jobcenters bzgl. des angemessenen Wohnraums im Vergleichsraum tatsächlich erfüllbar sind, was das Angebot angeht. Das heißt, es wird insbesondere darauf zu achten sein, ob Ausstattung, Lage (inkl. Verkehrsinfrastruktur, Angebot von Kindergärten und Schulen, ärztliche Versorgung und Einkaufsmöglichkeiten etc.) sowie Bausubstanz der angebotenen Wohnungen die Mindestanforderungen erfüllen und keine unzumutbare Verschlechterung bedeuten würden.

Die Erstellung eines speziellen Mietspiegels in der möglichen Form, kann bei sozial ausgewogenem Gestaltungswillen tatsächlich eine größere Gerechtigkeit schaffen und damit zu weniger gerichtlichen Auseinandersetzungen führen. Wir allerdings halten dieses Bestreben für unwahrscheinlich und erwarten eine weiterhin unnötig hohe Anzahl von Auseinandersetzungen vor den Sozialgerichten.

**Uwe F. LÖHR,**  
Fraktion DIE LINKE  
im Städtereionstag Aachen

Differenz von Bestands- und Angebotsmieten 2012 in 15 Städten Deutschlands				
Stadt	Bestandsmiete 2012	Angebotsmiete 2012	Differenz	Prozentualer Unterschied
gestaltet nach Angebotsmiete	Euro/Quadratmeter	Euro/Quadratmeter	in Euro	
München	9,75	12,30	2,55	26%
Dachau	7,97	10,10	2,13	27%
Frankfurt am Main	7,72	10,00	2,28	30%
Konstanz	6,93	10,00	3,07	44%
Heidelberg	7,05	9,50	2,45	35%
Tübingen	7,79	9,40	1,61	21%
Freiburg i. Br.	7,48	9,30	1,82	24%
Stuttgart	8,03	9,20	1,17	15%
Hamburg	7,42	9,10	1,68	23%
Mainz	6,87	9,00	2,13	31%
Düsseldorf	7,11	8,80	1,69	24%
Köln	7,91	8,70	0,79	10%
Wiesbaden	7,60	8,50	0,90	12%
Regensburg	6,19	8,40	2,21	36%
Berlin	5,83	6,60	0,77	13%

Quelle: F+B Mietspiegelindex 2012 (Bestandsmieten, bundesweiter Durchschnitt 6,13 Euro), sowie F+B-Wohnindex, 3. Quartal 2012 (Angebotsmieten für eine 75-Quadratmeter-Wohnung, Baualter: 10 Jahre, Ausstattung und Zustand normal)

©Peter Tritthart-Aachen



## Patienten ohne Rechte?

**Seit Februar diesen Jahres gibt es endlich auch in Deutschland ein**

### Patientenrechtegesetz.

Die über 11.000 Patienten, die sich an Schlichtungsstellen bei den Landesärztekammern jährlich wegen Therapie- oder Diagnosefehlern beschwert haben, stellen nur die Spitze des Eisbergs dar. Experten gehen von mehreren hunderttausend Patienten aus, die im Laufe eines Jahres durch einen Arztfehler

geschädigt werden. Viele der Betroffenen haben berechtigtes Misstrauen gegenüber Schlichtungsstellen, die von Ärzteorganisationen betrieben werden, erst recht weil viele der Gutachter nicht in dem Ruf stehen, sich gegen ihre Standeskollegen für die Interessen der Betroffenen einzusetzen. Endlose und anstrengende Verfahren, bei denen die Patienten auch noch die Beweislast haben, stellen eine weitere hohe Hürde für Geschädigte dar. Ein Patientenrechtegesetz war längst überfällig.

Das neue Gesetz ist jedoch be-

dauerlicherweise nicht mehr als eine Ansammlung von Selbstverständlichkeiten, die immer schon galten; wie das Recht auf umfassende und rechtzeitige Aufklärung, Einsichtsrecht in Behandlungsunterlagen, Wahrung des Patientengeheimnisses, des verfassungsrechtlich geschützten Selbstbestimmungsrechts.

Das Patientenrechtegesetz enthält weder Beweiserleichterungen für die Patientenseite noch ein verbessertes Arzthaftungsrecht. Fehler zu machen ist menschlich. Schadenersatz für die Geschädigten muss in einem demokratischen sozialen Rechtsstaat selbstverständlich sein.

Patienten, die durch Erkrankung und durch den Behand-

lungsfehler doppelt gehandicapt sind, haben auch weiterhin große Schwierigkeiten zu ihrem Recht kommen.

Beispielsweise kann ein Patient nicht beweisen, dass der Arzt nicht qualifiziert für die Behandlung gewesen ist oder dass er sich wegen schlechter Hygiene mit multiresistenten Keimen infiziert hat. All das steht nicht in seiner Krankenakte.

Des Weiteren müsste ein Gesetz über Patientenschutzrechte Patienten Schutz vor Ausbeutung und Abzocke durch Leistungs- und -Warenanbieter im Gesundheitswesen bieten: Ebenfalls Fehlanzeige beim Patientenrechtegesetz. Patientenrechte sind in das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) übertragen worden, in dem

*Fortsetzung Seite 5*



Hans Janosch, Kreisprecher

**Hans Janosch ist seit Januar 2013 neuer Sprecher des Kreisverbands DIE LINKE Aachen. Mit ihm sprach Chef-Redakteur Harald Siepmann:**

**Lieber Hans Janosch, du übernimmst das Amt in einer schwierigen Zeit. Linke Themen wie soziale Gerechtigkeit sind zwar „in“, werden aber nicht notwendigerweise mit der Linken verbunden. Was willst Du ändern?**

In erster Linie möchte ich mir einen realistischen Blick auf die bestehenden Verhältnisse bewahren. Die Möglichkeiten, auf regionaler Ebene etwas zu verändern, sind überschaubar. Der Beitrag, den wir leisten können, ist unsere Glaubwürdigkeit hier vor Ort als Ansprechpartner für die Menschen, für die und mit denen gemeinsam wir etwas verändern möchten.

Dabei geht es vor allen Dingen darum, Gebrauchswert zu entwickeln. Die Menschen müssen praktisch erfahren können, dass sich DIE LINKE abseits ihrer weitreichenden politischen Forderungen auch um die alltäglichen Probleme der Bürgerinnen und Bürger kümmert.

**Sieben Monate vor der Bundestagswahl - die SPD, aber auch andere Parteien, blinken wieder heftig nach links, wollen mit sozialer Gerechtigkeit punkten. Warum ist DIE LINKE die einzige Partei, die ein konsequent soziales Programm besitzt?**

DIE LINKE ist die einzige Partei, die eins und eins zusammenzählt. Die anderen Parteien suggerieren

den Menschen, man könne gleichzeitig Finanzwirtschaft und Superreiche frei walten lassen, immer mehr Politikfelder privatisieren und dennoch ein soziales Staatsgefüge unterhalten. Ich halte das für ziemlichen Unfug. Wenn wir ein soziales Staatsgefüge unterhalten möchten, dann benötigen wir einen anderen Verteilungsschlüssel und demokratische Kontrolle über alle relevanten gesellschaftlichen Aufgabenbereiche.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die diese Wahrheit ausspricht. Gerade die SPD hat wirklich ein ausgeprägtes Talent dafür, gute und richtige Themen aufzunehmen, um sie anschließend kaputt zu machen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die derzeitige SPD-Debatte um die Einführung einer punktuellen 30-Stunden-Woche, die derartig unattraktiv sein wird, dass kaum jemand etwas damit anfangen kann. Wenn es darum geht, den Menschen im Land Sand über die wirklichen Verhältnisse in die Augen zu streuen, ist die SPD ganz weit vorne.

Bei der FDP weiß man wenigstens, wofür sie steht. Die SPD ist aber letztlich auch nichts anderes als eine rot lackierte FDP.

**Bezahlbare Energie und Mobilität, eine gut ausgebaute Infrastruktur, Bildung für alle – Dies sind wichtige Themen für die Menschen. Wie willst Du mit diesen ins Gespräch kommen?**

Man kann glaube ich sagen, wir stehen heute vor einem öffentlichen Investitionsstau historischen Ausmaßes. Wir wissen heute so viel über die entscheidenden Einflussfaktoren eines guten und ökologisch nachhaltigen Lebens wie nie zuvor.

Andererseits waren wir in den Möglichkeiten, unser Wissen praktisch umzusetzen, seit Bestehen der Republik noch nie so eingeschränkt. Entscheidend ist hier der Zusammenhang zwischen kommunalen Voraussetzungen und bundespolitischen Weichenstellungen.

Allen voran die sogenannte Schuldenbremse ist in Wirklichkeit ein Zukunftsverhinderungsin-

strument, das dringend notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur unmöglich macht.

Darüber werden wir mit den Menschen sprechen. Ich glaube, unsere Präsenz in Stadtteilen und in Vereinen muss sich weiter verbessern, wenn wir der Diskussion wahrnehmbare Impulse geben möchten.

**Die Menschen müssen praktisch erfahren können, dass sich DIE LINKE abseits ihrer weitreichenden politischen Forderungen auch um die alltäglichen Probleme der Bürgerinnen und Bürger kümmert.**

**Unsere Region wird seit Monaten von Hiobsbotschaften erschüttert, z.B. Bombardier in Aachen, KME in Stolberg. Was bietet DIE LINKE an im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze?**

Abseits unserer politischen Grundsatzforderung danach, Demokratie dürfe nicht vor den Werkstoren enden, gute Wünsche und die Vorstellung wehrhafter Belegschaften. Denn letztlich sind die Einflussmöglichkeiten linker Politik auf gewerkschaftlich geführte Auseinandersetzungen begrenzt.

Gerade mit Sicht auf Bombardier wird deutlich, die Voraussetzung einer entschieden geführten Auseinandersetzung kann nur eine etablierte gewerkschaftliche Kultur der auch politischen Organisation der Belegschaft sein. Eine solche Kultur entsteht nicht von jetzt auf gleich, dadurch dass Arbeitsplätze in Frage gestellt werden.

Wir als DIE LINKE stehen dem heute gängigen Kooperatismus gerade betrieblicher Interessensvertretungen mit ihren Unternehmensleitungen kritisch gegenüber. Wenn das Grundverständnis der Arbeitenden nicht auf dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital beruht, ist Gegenwehr schwierig. Und wenn sich die Absicht betrieblicher Vertretungen auf die Vertretung standortbezogener Interessen beschränkt, rückt Solidarität in

weite Ferne. Letztlich ist das aber Denksport für Gewerkschaften. Die Politik steht da weitgehend außen vor.

Eine andere Frage ist die nach der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch wenn wir öffentliche Beschäftigung wieder ausbauen möchten, ist der Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze

nicht ausschließlich mit einer eindimensionalen Beziehung zu öffentlicher Beschäftigung genüge getan. In einer durch Sicherheitsnetze ihrer sozialen Fallgruben entledigten dynamischen Wirtschaft, geht es auch darum, durch Ankurbelung der Binnennachfrage Anreize und ein freundliches Umfeld für Existenzgründungen und Investitionen zu schaffen.

Vor allem die Monopolstellung großer Konzerne steht hier einem fairen Ideenwettbewerb entgegen. Abseits davon bin ich ein großer Anhänger von Arbeitszeitverkürzungen. Die Arbeitenden der Republik werden nur dann eine gute Verhandlungsposition wiedererlangen können, wenn sie die Ressource Arbeitskraft in ein Verhältnis zur realen Arbeitsnachfrage bringen. Die Arbeitszeit ist hier die entscheidende Stellschraube.

**Vielen Dank für das Gespräch**



**Fortsetzung: Patienten ohne Rechte?** Kundenrechte und Geschäftsbeziehungen geregelt werden. Durch die Verlagerung in das BGB werden Schutzmechanismen durch Krankenkassen als öffentlich-rechtliche Körperschaften weitgehend aus ihrer Pflicht entlassen. Wer also wehrhaft ist und sich einen Rechtsanwalt leisten kann,

für den wurden Gesetze geordnet. Die meisten Opfer von Fehlbehandlungen bedürfen jedoch

des Schutzes der Gemeinschaft durch klare gesetzliche Regelungen in der Sozialgesetzgebung.

Hilfe können Patienten nach wie vor beim Medizinrechts-Beratungsnetz bekommen. Ein Beratungsschein (per Fax, E-Mail oder auf dem Postweg) berechtigt zu einer kostenlosen unabhängigen Beratung bei einem Medizinrechtsanwalt in Wohnortnähe.

E-Mail: [info@medizinrechts-beratungsnetz.de](mailto:info@medizinrechts-beratungsnetz.de)

Internet: [www.medizinrechts-beratungsnetz.de](http://www.medizinrechts-beratungsnetz.de)

Telefon: 0451 / 389 67 17 | Fax: 0451 / 389 67 29

Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass ärztliche Verantwortung ohne ihr Zutun gewährleistet ist. So ist das Patientenrechtegesetz nichts weiter als Augenwischerei und vertane Chance.

**Helga Ebel,**

*Sachkundige Bürgerin*

*im Städtereionstag Aachen*

**Fortsetzung: Teure Fahrkarten für den Bus - LINKE stört das jährliche Ritual** stimmte der Einführung zu. Allzu unübersehbar war, dass die harten Hartz-IV-Gesetze den Betroffenen das Recht auf Mobilität genommen hatten. Man musste reagieren. Das Ticket wurde eingeführt, allerdings mit der Maßgabe: Es darf die öffentlichen Kassen keinen Cent kosten! Der AVV wurde beauftragt, das günstige Ticket auf eigene Kosten herauszugeben. So geschah es auch. Das Risiko für den AVV war gering. Sollte die Einführung des Tickets Kosten verursachen, hätte der AVV keine Mühe, sie auf die Fahrpreise der anderen Tickets um-

zulegen. Dass der AVV für das Ticket 27,80 EUR nimmt statt 15.-EUR, wie von der LINKEN und den Arbeitsloseninitiativen gefordert, ließ die Mehrheit natürlich kalt. Das Thema Fahrpreise ist eine harte Nuss. Ein Antrag der LINKEN, einmal grundsätzlich über die Gestaltung der Fahrpreise und die Verteilung der Kosten zu sprechen, wurde bereits abgelehnt. Kalkül der

Mehrheit: Die einzelne Fahrpreiserhöhung erscheint für sich betrachtet gar nicht so schlimm. So kostet der Einzelfahrschein für die Tarifstufe 1 ab dem 1. April 2, 55 EUR statt bisher 2,50 EUR. Eine Monatskarte für die Stadt Aachen kostet im Abo 49,92 EUR statt bisher 47,92 EUR. Aber die Erhöhungen erfolgen jährlich!

Pikanterweise wurde diesmal auch gleich die Erhöhung für 2014 mitbe-

Preisentwicklung AVV-Tarif 2004 bis 2014 (Beispiele):

	2004	2014	Steigerung	
Einzelfahrschein Stufe 1		1,90 EUR	2,65 EUR	39,5%
Monatskarte Aachen Abo		35,92 EUR	51,83 EUR	44,3%
Sozialticket für Städtereion		_____	27,80 EUR	_____

schlossen. Das Einzelticket in Stufe 1 kostet dann 2,65 EUR, das Monatskarten-Abo in Aachen 51,83 EUR. Warum der vorauseilende Beschluss schon jetzt? Auch das ist ein Ritual: Im kommenden Jahr sind Kommunalwahlen. Da will man nicht kurz vor den Wahlen das unschöne Thema Fahrpreiserhöhungen debattieren. Die LINKE wird auch dieses Manöver stören. Wir werden auch weiter die Debatte zu den Fahrpreisen erzwingen.

**Andreas Müller,**

*Fraktionsvorsitzender*

*DIE LINKE im Rat, Aachen*



## Further Wald in Herzogenrath/Würselen brutal abgeholzt!

**bis zu 80% des Waldbestandes gefällt.**

**Der Grund: Bäume fällen, Holz verkaufen, und dann das Gebiet zum 5-fachen Preis veräußern = eiskalter Finanzkapitalismus!**

Diesmal passiert es jedoch direkt vor der Haustüre, was nun Reaktionen der Empörung der Anwohner und der Naturschützer auf den Plan gerufen hat und dadurch die koalierende rot-grün-rote Gestaltungsmehrheit in Roda die Unterstützung finden lässt, die

sie in diesem Fall braucht.

Zum Sachverhalt: Wenige Wochen vor dem Abholzen wurde das Waldstück vom EBV an die Firma des Holzhändlers aus der Eifel veräußert. Den privaten Wald forstwirtschaftlich zu nutzen, ist sein gutes Recht und sogar seine Pflicht. Doch Forstwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet, dass die Waldbesitzer nach den Bundes- und Landeswaldgesetzen dazu verpflichtet sind, ihre Wälder „ordnungsgemäß und nachhaltig“ (§11 Bundeswaldgesetz) zu bewirtschaften. Hierbei kommt es darauf an, dass die Funktionen des Waldes nicht nur als Rohstoffquelle, sondern auch als Grundlage für den Boden-, Klima-, Arten- und Wasserschutz sowie für Freizeit und Erholung der Bevölkerung gesichert werden. Dazu erfordert die heutige Forstwirtschaft ein ständiges Abwägen zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen, um die unterschiedlichen Ansprüche an den Wald berücksichtigen zu können. Offensichtlich kann davon in dieser Aktion nicht ausgegangen werden, denn das einzige was hier wirklich nachhaltig ist, ist eine auf Jahrzehnte wirkende Zerstörung 200 Jahre alten gesunden Forstes,

der vor allem als geschütztes Naherholungsgebiet diente, und sich in 20 Jahrzehnten zu einem kleinen Ökosystem im Wurmatal entwickelt hat. Per Beschluss der nordrhein-westfälischen Landesregierung wurde das Wurmatal von Herzogenrath an flussaufwärts im Juni 1998 und flussabwärts von Herzogenrath im Jahr 2000 der Kommission der Europäischen Union als Fauna-Flora-Habitat (FFH) - Gebiet gemeldet.

Dadurch werden die Naturlandschaften und die darin enthaltenen kleinräumigen Ökosysteme bewahrt, obwohl dies allein noch nicht vor Bewirtschaftung schützt.

Mit nie gekannter Kühnheit rechtfertigt der Verursacher die Fällung damit, dass die gefällten Bäume auf einmal einen Käferbefall hatten und deswegen gefällt werden mussten. So kann nachgelesen werden: „Die Anlage der Bestandeserschließungen, die Durchforstungen und die Entfernung der vom Käfer befallenen Bäume im Wurmatal waren ganz normale Maßnahmen, wie Sie täglich in den meisten Wäldern Deutschlands durchgeführt werden. Wir haben uns bei dieser Maßnahme an sämtliche Vorgaben des Forstrechts, des Naturschutzes, der FFH-Richtlinie und des eigens für dieses Gebiet ausge-

arbeiteten Landschaftsplanes gehalten.“

Weiterhin kündigt er für 2013 die Fällung der Fichten in diesem Gebiet an mit dem Vorwand, dass diese Baumart nicht heimisch ist. Das geht eindeutig zu weit und ist nichts weiter als purer profitorientierter Finanzkapitalismus mit Heuchelei und Lügen durchgesetzt.

Rot-Grün-Rot in Roda reagierte mit der sofortigen Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich neben den drei Fraktionen aus folgenden Organisationen zusammensetzt: einer Bürgerinitiative, dem NaBu, der AG-Wurmatal sowie den Naturfreunden Deutschlands (Ortsverband Merkstein). Zurzeit ist ein Antrag auf Abänderung der Naturschutzgesetze in NRW an die Landesregierung gestellt, gezielte Anfragen an die Stadtverwaltung über die juristische Korrektheit der Aktion eingereicht, sowie eine großräumige Presseaktion innerhalb der Städtereion gestartet. Am 14.03. wird dieses Thema außerdem in einem Tagesordnungspunkt im Umweltausschuss der Stadt Herzogenrath besprochen.

**Hans-Günther Fischer,**

*Stadtverordneter im Rat der Stadt Herzogenrath*



# Inklusion: gesellschaftlich gewollt – nicht politisch erzwungen

Am 26. März 2009 trat das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (UN-Behindertenrechtskonvention ‚BRK‘), welches vom Bundestag und Bundesrat ratifiziert wurde, in Kraft.

manente Wiederholung des Wortes „Inklusion“ als neu und fortschrittlich und durch Emotionalisierung öffentlicher Druck aufgebaut werden, um Reformmaßnahmen im Sinne konzernnaher Stiftungen wie Bertelsmann durchzusetzen bzw. an allen be-

system beeinflusst.

Erstgemeinte Inklusion kann nur durch eine beiderseitige Annäherung umgesetzt werden. Im gleichen Gebäude können zum Beispiel „Regelschulkinder“ in Förder-



*Inklusion im Sinne der BRK meint Dazugehörigkeit. Ziel des rechtlich verbindlichen Vertrages ist die Förderung der Gerechtigkeit bezogen auf Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft, ihre selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen sowie die Position von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft zu stärken – von „Problemfällen“ zu Rechtssubjekten (Bürger\_innen mit Rechten). „Behinderung entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren“ (BRK Präambel)*

Entgegen der öffentlichen Diskussion ist Inklusion somit nicht nur auf den Lebensbereich Schule/Bildung beschränkt, sondern umfasst alle Lebensbereiche der Gesellschaft. »Inklusion« ist ein umfassender Anspruch! Aktuell beschränkt sich die Umsetzung hier jedoch ausschließlich auf „Schule“.

Die Debatte um Inklusion wird häufig aggressiv und unnachgiebig mit einem Absolutheitsanspruch geführt. Dabei ist das Ziel des gemeinsamen Lernens und Lebens auch in Deutschland nicht neu.

Die eigentlichen „Erfinder“ von dem, was heute Inklusion heißt, ist die Elternbewegung gegen Aussonderung von Kindern mit Behinderungen. Sie können auf 35 Jahre Erfahrung mit gemeinsamem Unterricht zurückblicken. Der Beweis wurde erbracht, dass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen können, wenn ihrer Unterschiedlichkeit Rechnung getragen wird durch an den Menschen angepasste Lern- und Lehrformen (Beispiel Montessori-Pädagogik).

Die Kernfrage scheint m. E. zu sein, ob auf Erfahrungen, Wissen und entwickelten Strukturen angesetzt wird. Oder soll durch per-

teiligten Menschen vorbei „übers Knie zu brechen!“ Und da hilft auch kein Fingerzeig auf die diesbezüglich über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen des Auslands nach dem Motto, das wird schon klappen.

Auf jeden Fall: Wer ernsthaft »Ja« zur Inklusion sagt, kann nicht zugleich weiterhin ohne jede Änderungsbereitschaft »Ja« zum gegliederten Schulwesen sagen. Erfahrungsgemäß weisen Kinder mit Behinderungen in erfolgreichen Integrationsprojekten durchaus bessere Leistungen auf,

**Erstgemeinte Inklusion kann nur durch eine beiderseitige Annäherung umgesetzt werden.**

als sie in Förderschulen vorweisen. Allerdings geht dies häufig zu Lasten des psychosozialen Aspekts. Der Leistungsdruck der Regelschule führt zu negativen Konsequenzen im Lebensgefühl der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Soziale Ungleichheit bewirkt starken psychischen Stress, der das Hormon- und Nervensystem sowie das Immun-

sportverbände sind beispielsweise zur Inklusion hervorragend geeignet. Hier ist Beteiligung optimal möglich im Sinne „ jeder



nach seinen Möglichkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen“.

Bewegung und Sport haben niederschwellige Zugänge, bringen Menschen in Bewegung, fördern das Miteinander sowie die Mobilität, stärken das Selbstbewusstsein und machen vor allem Spaß. Menschen mit Behinderung erleben mehr Akzeptanz und treten selbstsicherer in der Gesellschaft auf. Sport und Bewegung leisten anerkannte Beiträge zur Bildung und Gesundheitsförderung von allen Menschen sowie zur Primärprävention und im Prozess der Rehabilitation. Mit echter

selbstbestimmter Teilhabe und Teilnahme kann hier aufgezeigt werden, dass Sport schon lange einen wesentlichen Beitrag im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention leistet.

Menschen sind keine kalkulierbare Masse, die berechenbar und in Zukunftspläne verfrachtet

werden können. Sie haben Empfindungen, Erwartungen, Ziele und Wünsche – sind individuell und kostbar.

DIE LINKE tritt dafür ein (wenn transparent ist, wer womit wozu was erreichen will) mit den Beteiligten und den verantwortlichen Politiker\_innen, in demokratischen Verfahren, Lösungen zum Wohle der Beteiligten weiter zu entwickeln.

**Manfred Lutter,**  
Sachkundiger Bürger in der Fraktion  
DIE LINKE im Städtetagestag

## Der Bildungsbericht der Städteregion – eine statistische Fleißarbeit ohne Erkenntnisgewinn!

**Diese erste Hochglanzausgabe des Bildungsberichtes der Städteregion Aachen hätte man sich aus wirtschaftlichen Gründen sparen können; denn wirklich neue und überraschende Erkenntnisse bringt er nicht. Am Bildungsbericht haben insgesamt 27 hochqualifizierte Personen mitgewirkt, herausgekommen ist eine statistische Fleißarbeit, ohne wirklichen Erkenntnisgewinn.**

Eine wichtige Frage beantwortet er z.B. nicht: Wem nutzt welcher Bildungsabschluss? Es ist überaus interessant zu erfragen, wie viel Prozent aller Schüler, die in der Städteregion einen Hauptschulabschluss erreichen, anschließend einen Arbeitsplatz finden, der ihnen ein Überleben unabhängig von staatlichen Zuschüssen sichert.

Dass, die Frage der Bildungsrendite im Bildungsbericht gar nicht gestellt wird ist kennzeichnend für einen Umgang mit dem Thema Schulbildung, der die Frage: Welcher gesellschaftlichen Gruppe nutzt der Schulbesuch eigentlich noch, tunlichst vermeidet.

Fakt ist: Der Bildungsbericht bestätigt um ein weiteres Mal, dass die bildungspolitischen Ziele, so-

wohl der Städteregion Aachen, als auch der bildungspolitischen Eliten von CDU, SPD, FDP und Grüne: „Möglichst hohe Bildungsabschlüsse unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen“ nicht erreicht werden. Auch dies ist nichts Neues, unzählige Studien haben bereits gezeigt, dass Schule in Deutschland ein System sozialer Ausgrenzung ist, in dem von Chancengleichheit keine Rede sein kann, nicht einmal Chancengerechtigkeit wird erreicht.

**Aber wird dieses politische und sozialethische Ziel der Bildungs- und Chancengerechtigkeit vom politischen Establishment überhaupt angestrebt?**

Man stelle sich vor, dieses Ziel würde tatsächlich erreicht werden. Das würde für die politischen Funktionsebenen von CDU, Grüne, SPD und FDP bedeuten, dass ihre Kinder mit den Kindern aus der sogenannten Unterschicht um die immer knapper werdende Ressource „angemessen bezahlter Ar-

beit“ konkurrieren müssten. Aus diesem Grund sind von den bürgerlichen, grünen und sozialen politischen Akteuren keine Veränderungen zu erwarten. Denn alle politischen Entscheidungen, die zur Zeit getroffen werden, schließen die bildungsferne gesellschaftliche Klasse von der gesellschaftlichen Ressource Bildung aus.

Die hohe politische Kunst ist es, dieses gesellschaftliche Milieu selbst für ihr Scheitern verantwortlich zu machen, in dem die schulischen Rahmenbedingungen ausschließlich auf die Mittel- und

Oberschicht zugeschnitten werden. So lässt sich die Verantwortung für das Scheitern der „bildungsfernen Schichten“ leicht individualisieren.

Selbstverständlich weiß die gesamte politische Funktionselite wie ein Bildungs- und Gesellschaftssystem aussehen müsste, um Bildungs- und Chancengleichheit zu gewährleisten, wenn dies aber hartnäckig in der Bildungspolitik weiterhin nicht erwünscht ist, muss es wohl politische Absicht sein.

**Andreas Dittrich**, OV Eschweiler



**schwarz-rot oder schwarz-gelb, führen immer mehr RentnerInnen direkt in die Armutsfalle.**

Fortschreitende Absenkung der Nettorenten bis zum Jahr 2030 ergeben nur noch Renten von 43% des Nettolohnes.

## Systemfehler Altersarmut

**Die Rentenreformen der Bundesregierungen seit 1998, ob rot-grün,**

Trotz jahrzehntelanger Beitragszahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung können sich Ruhestandler nicht mehr mit den lebensnotwendigen Dingen wie Nahrung, Unterkunft und Kleidung versorgen. Rente unter Grundsicherungsniveau (zurzeit durchschnittlich 690€) ist jedoch nicht nur für Langzeitarbeitslose und geringfügig Beschäftigte (Minijobber) vorprogrammiert. Auch geringverdienende Selbstständige und Frauen mit Kindererziehungszeiten werden mit ihrer Rente kein sicheres Auskommen mehr erreichen.

Selbst Erwerbstätige mit einem Bruttoverdienst von 2.500€ im Monat erzielen nach über 35 Jahren Beitragszahlungen nur ca. 700€ Rente im Monat, knapp über dem Existenzminimum. Eine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE ergab, dass immer mehr Ältere nach Renteneintritt einen Minijob ausüben. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der über 65-jährigen RentnerInnen mit geringfügigen Einkommen von 480.000 auf 792.000 im Jahr 2011 gestiegen. Ein Plus von 60 Prozent!

Parallel stieg seit 2003 die Zahl



der RentnerInnen, die staatliche Hilfe im Rahmen der Grundsicherung in Anspruch nehmen, um 60 Prozent. Die besorgniserregende Entwicklung wird sich bis 2030 noch verstärken,

*Fortsetzung Seite 8*

*Fortsetzung: Systemfehler Altersarmut*

wenn die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre in Rente gehen.

Die Prognose von Professorin Riedmüller, die im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung eine Analyse durchführte, besagt, dass sogar 40 Prozent der Generation „Babyboomer“ mit einer Rente unter Sozialhilfeniveau rechnen müssen.

Private Vorsorge wie z.B. die staatlich geförderte Riester-Versicherung, kann vor Altersarmut

**ARM im Beruf = ARM im Alter ?**

nicht schützen. Sie entpuppte sich lediglich als gigantisches Förderprogramm für die Versicherungsgesellschaften. Instabile Finanzmärkte und rasant ge-

schrumpfte Renditen lösen das Versprechen auf Schließen der Rentenlücke nicht ein. Für diejenigen, die eine Rente unter Grundsicherungshöhe erwarten, lohnt sie sich nicht, da sie auf die staatliche Hilfe angerechnet wird.

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturwicklung hat dazu eine Studie „Auf den Weg in die Altersarmut“ herausgegeben.

Das Drei-Säulen-Prinzip aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge kann den Bedarf nicht stillen, die Riester-Rente stellte sich als teurer Flop aus. Die gescheiterte Rentenpolitik soll nun mit unterschiedlichen Modellen, wie z. B. „Leistungsrente“ (CDU), „Solidarrente“ (SPD) oder „Grundrente“ (Grüne) repariert werden. Gemeinsam ist allen ein Mindest-

satz von 850€ nach ausreichend langen Beitragszeiträumen.

Wie unrealistisch das gerade für Frauen ist, die 70% der Niedriglöhner und 75% der Minijobber ausmachen und einen Durchschnittsverdienst nicht erreichen, ist augenscheinlich.

**Anja Linz,**  
Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit der  
Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

**DIE LINKE fordert als einzige Partei einen notwendigen Kurswechsel der Arbeits- und Rentenpolitik durch:**

- flächendeckenden Mindestlohn von 10 €/ Stunde
- Einbeziehung aller Erwerbstätigen (Selbstständige und Beamte)
- Solidarische Mindestrente von 900€ unabhängig von Versicherungszeit
- Anhebung des Rentenniveaus wieder auf 53 %
- Abschaffung des Renteneintritts mit 67 Jahren
- Rente für Erwerbsgeminderte ohne Kürzungen

**heißt ein Sprichwort. So ist es aber nicht, denn eine Bestattung ist teuer, oft zu teuer!**

Der Trend im Bestattungswesen weg von teuren Erdbestattungen hin zu günstigeren Urnenbestattungen haben in den Kommunen die Gebührenkalkulationen im Friedhofswesen durcheinander gewirbelt. Auf Druck der Aufsichtsbehörden sollen diese Kosten wie alle Gebührenhaushalte kostendeckend sein.

Im letzten Jahr haben Stolberg und Eschweiler ihre Gebührensatzungen angepasst, teilweise sogar mit Verdopplung der Gebühren. Die Folge in Stolberg: Beerdigungen finden immer häufiger woanders statt, nur nicht in Stolberg. Die nächste Erhöhung der Gebühren bleibt nicht aus - eine Spirale, die sich kontinuierlich nach oben schraubt. In Eschweiler sind Urnenbestattungen noch relativ günstig geblieben, aber auch hier wird an der Gebührenschaube gedreht werden müssen.

**"Der Tod ist umsonst!"**

**heißt ein Sprichwort. So ist es aber nicht, denn eine Bestattung ist teuer, oft zu teuer!**

**Ziel alleine kann und darf nicht eine kostendeckende Gebührenkalkulation sein. Ziel muss eine bezahlbare Bestattung sein.**

Das heißt aber auch zu fragen, ob wir uns in Eschweiler oder Stolberg so viele Einzelfriedhöfe leisten können. Ist es nicht sinnvoller, Bestattungsangebote auf einzelne

nen in unmittelbarer Nähe und pflegen die Gräber. Vielmehr ist eine einfache, pflegeleichte und kostengünstige Bestattung gefragt. Urnenwände und -stelen sind eine sinnvolle Alternative.

In Deutschland ist zunehmend der Trend zu Zweiklassen-Friedhöfen zu erkennen. Die Zahl der Sozialbegräbnisse und Ersatzbestattungen nimmt gravierend zu und ist

Viele Deutsche können sich den Tod nicht mehr leisten. Armenbegräbnisse wollte man es nicht nennen, deshalb heißt die Übernahme der Bestattungskosten durch die Sozialämter ganz hübsch Sozialbestattung. Es gibt sie, seit die rot-grüne Bundesregierung 2004 das Sterbegeld aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen strich.

In Eschweiler gab es 2005 Proteste, als städtische Pläne bekannt wurden, Sozialbestattungen aus Kostengründen in die Niederlande auszulagern. Verstorbene sollten in Holland eingesäht werden und ihre Asche dort anonym ausgestreut werden. Die Kommunen garantieren den Verstorbenen einen Anspruch auf eine würdevolle Bestattung, doch tritt dabei die Trauer- und vor allem Erinnerungskultur zunehmend in den Hintergrund.

Manches Einfachstbegräbnis ähnelt dann mehr einer Entsorgung als einer Bestattung. Was ein würdiges Begräbnis ist, entscheidet jede Kommune selbst - je nach Kassenlage fällt das Ergebnis dabei ganz unterschiedlich aus.

**Albert Borchardt,**  
DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler



**Holbein Totentanz** (Darstellung von 1493)

Friedhöfe zu konzentrieren. Neben Veränderung der Bestattungsformen hat sich die Gesellschaft insgesamt verändert. Immer weniger Angehörige woh-

innerhalb von vier Jahren um 38 Prozent gestiegen. Dabei wird zunehmend vergessen, dass der Friedhof ein Ort der Trauer und keine Entsorgungsstätte ist.

# Die, die heute unser Grundwasser vergiften, wollen uns morgen das Trinkwasser verkaufen

Ja, so könnte es in Zukunft aussehen. Erst wird durch Fracking (unkonventionelles Gasbohren) unser Grundwasser vergiftet, da die Regierung den Konzernen BASF, Exxon Mobil etc. für diese Risikotechnologie kein Verbot ausspricht. Da wird hin und her diskutiert, es werden Gutachten in Auftrag gegeben, immer wieder wird über die Änderung des Bundesbergrechtes debattiert und heraus kommt nichts. Eigentlich will Schwarz-Gelb die Schiefergasförderung so schnell wie möglich anschieben, natürlich nur unter sehr strengen Auflagen!

und Wintershall (Tochter der BASF) warten bereits auf die Genehmigungen erster Probebohrungen in NRW.

Aber auch SPD und GRÜNE, die sich als DIE OPPOSITION bezeichnen und in den Medien so betitelt werden, konnten sich nicht durchringen, einem Antrag der LINKEN im Bundestag auf Verbot von Fracking in Deutschland zuzustimmen, nachzulesen auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) unter der Drucksache (17/11328). Umweltverbände und NGOs verlangen ebenfalls ein Verbot von Fracking.

## Was ist Fracking?

Beim Fracking werden sogenannte unkonventionelle Erdgasvorkommen erschlossen, die in Gesteinsschichten gebunden sind. Hierfür wird in Bohrlöcher unter hohem Druck Wasser vermisch mit Sand und etlichen Chemikalien gepresst. Durch den Druck bilden sich Risse und Spalten im Gestein, die durch den Sand und die Chemikalien offengehalten werden. Das Gas strömt anschließend durch die Spalten und kann über die Bohrlöcher abgeführt werden.

Fracking führt zu immensen Risiken. Diese reichen von der Vergiftung von Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser mit radioaktiven Material, krebserregenden Stoffen und Bioziden. Des Weiteren ist mit Erdbeben und Bergschäden zu rechnen.

Fracking wird nun sicher 2013 zum Wahlkampfthema, und die Schlacht um die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger, die sich schon vieler Orts als Bürgerinitiativen formiert haben, beginnt.

Auch hier in der Städteregion hat sich bereits eine Bürgerinitiative gegründet. Denn die Gebiete im Nordkreis, Alsdorf, Baesweiler, Herzogenrath und Würselen, sind ebenfalls betroffen. Die Firma Wintershall hat sich die Aufsuchungsrechte für diese Gebiete vorab gesichert.

In den Medien wird oft propagiert, es würde erst zum Fracking kommen, wenn die Risiken beherrschbar sind. Was für eine Farce! Selbst die Ersteller der Gutachten (ich habe mit ihnen gesprochen) können Risiken nicht ausschließen. Kommunal-

politiker aller Couleur geben sich in ihren Stadträten kritisch und beschließen sogar, das Fracking in ihrer Kommune abzulehnen. Nur, das Recht ein Verbot zu beschließen, ist auf kommunaler Ebene gar nicht möglich. Einzig den Stimmen der WählerInnen, sind sie sich sicher.



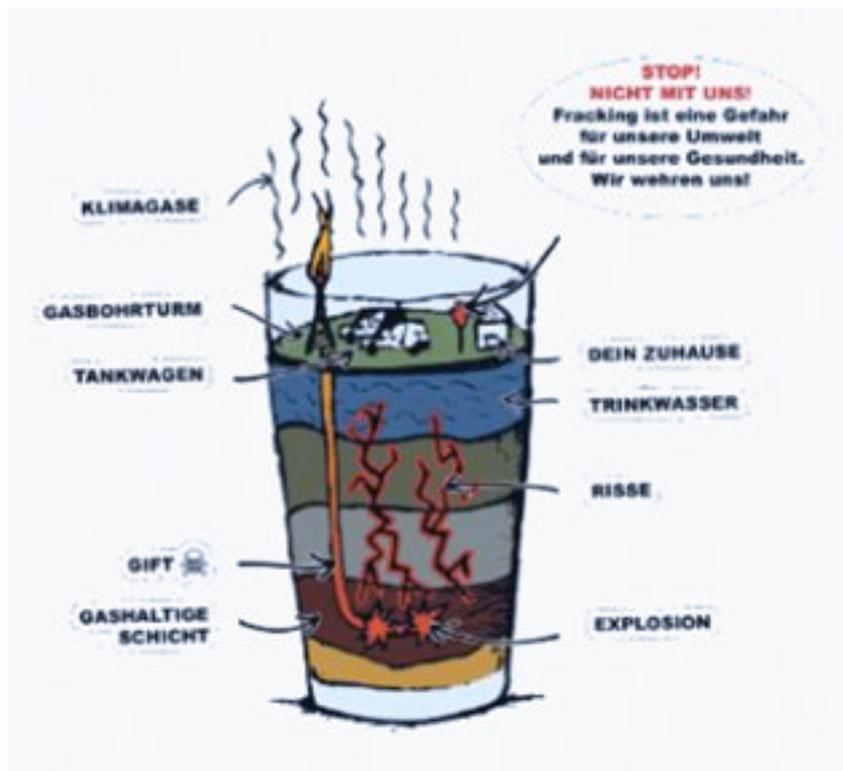
Es ist an der Zeit zu handeln! Auch hier in der Region muss der Protest und der Druck auf die Politiker und Politikerinnen größer werden, sodass sie sich in ihrer Partei auf Bundesebene für ein Verbot für Fracking, eine umfassende Reform des Bergrechts, um bei der Erdgasförderung demokratische Mitentscheidungsrechte zu sichern und einen wirksamen Wasser- und Umweltschutz im Bergbau einzusetzen. Achten Sie in der Presse auf Informationsveranstaltungen und Informationsstände der Bürgerinitiative inofrack und seien Sie dabei, wenn es darum geht, Ihre demokratischen Rechte einzufordern.

Mehr Infos unter <http://www.inofra.de/>

**Marika Jungblut,**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
DIE LINKE im Städteregionstag

Die Konzerne sprechen davon, dass die giftigen Chemikalien nur wenige Prozent der Fracking-Flüssigkeit ausmachen, jedoch ist diese Menge sehr beachtlich. Exxon leitete bei einer Bohrung in Niedersachsen ca. 12 Millionen Liter Flüssigkeit in den Untergrund. "Nur" 0,2 Prozent waren Chemikalien, das bedeutet 24 000 Liter.

Umweltverträglichkeitsprüfungen sind erst ab einer Fördermenge von über 500.000 Kubikmeter am Tag Pflicht, welche beim Fracking nicht erreicht werden.



Umweltminister Altmaier betont zwar, er wolle strenge Auflagen zur Bedingung machen. Aber wenn die ersten Bohrungen mal genehmigt sind, ist auch der nächste Schritt nicht weit. Die Konzerne behaupten doch jetzt schon, dass es keine Risiken gibt und die Technologie sicher sei! Die Energieriesen Exxon Mobil

Nun, mit den Lobbyisten der Energiekonzerne möchte es sich kaum eine Partei verschmerzen, und am Ende wird noch die Privatisierung des Wassers durchgewunken, sodass das Wasser zur teuren Handelsware wird. Aber auch hier gibt es bereits eine europäische Bürgerinitiative, denn Wasser ist Menschenrecht!



Auf der Seite <http://www.right2water.eu/de> haben Sie die Möglichkeit, Ihre Unterschrift zur Unterstützung gegen die Wasserprivatisierung zu leisten.

# Eine Stimme für soziale Gerechtigkeit!

## Andrej Hunko

völliges Neuland, da ich nie eine solche Karriere geplant hatte. In Aachen hatte ich lange in der Druckbranche gearbeitet und als Folge des Platzens der New-Economy-Blase Anfang des Jahrhunderts gingen viele Druckereien pleite und ich wurde arbeitslos. Der zeitliche Zufall wollte es, dass ich zu den ersten Hartz-IV-Emfängern in Aachen gehörte und auch 2004 die Montagsdemos gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze mit organisierte, die in Deutschland zu einer Entrechtung der Erwerbslosen und dem Aufbau eines Niedriglohnsektors, etwa durch die massenhafte Ermöglichung von Leiharbeit, führten.

Aus dieser Bewegung gründete sich damals eine neue Partei, die Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und später, gemeinsam mit der PDS, DIE LINKE. Nach anfänglichen Zögern habe ich mich diesem Projekt angeschlossen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir in Deutschland

dauerhaft eine starke linke Kraft brauchen, die konsequent für die Interessen der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Jugend und der Rentner eintritt und die unabhängig von den Interessen der Banken und Konzerne ist. Leider trifft das schon länger nicht mehr für SPD und Grüne zu.

Im Bundestag habe ich meinen Schwerpunkt auf die Europapolitik gelegt. Zum einen, weil mittlerweile ein Großteil der Gesetze auf europäischer Ebene verhandelt werden. Zum anderen, weil die Finanzkrise genutzt wird, um soziale und demokratische Errungenschaften in ganz Europa abzubauen. Ich gehörte zu den deutlichsten Stimmen im Bundestag, die immer wieder gesagt haben, dass die „Rettungspakete“ für Griechenland, Portugal, Irland und Spanien keine Rettungspakete für die Menschen dort sind, sondern Rettungspakete für die Gläubiger dieser Länder, für die Banken und Finanzkonzerne. Und ich habe immer

wieder vor den drakonischen Kürzungsdiktatoren gewarnt, die diese Länder in eine humanitäre Krise treiben und Europa in die Rezession.

Leider entwickelt sich Europa zur Zeit weiter in diese falsche Richtung. In vielen europäischen Ländern regt sich jedoch sozialer Widerstand gegen eine EU, die zunehmend die Interessen von mächtigen Banken und Konzernen vertritt. In vielen europäischen Ländern werden linke Parteien stärker. Es wird in den nächsten Jahren dringend notwendig sein gemeinsam, für eine soziale und solidarische Entwicklung einzutreten, die das europäische Sozialmodell nicht zerstört, sondern ausbaut. Dafür braucht es starke gesellschaftliche Bewegungen und ihre Stimmen in den Parlamenten.

Selbstverständlich bin ich aber auch in Aachen mit meinem Team für die „kleinen“ Sorgen und Nöte ansprechbar. Die Verbindung der unmittelbaren Alltagserfahrung mit der „großen Politik“ ist für mich sehr wichtig. Egal, wie die Bundestagswahlen im September ausgehen – eine klare linke Stimme bleibt notwendig. Dafür bewerbe ich mich wieder und freue mich über jede Unterstützung.

**Andrej Hunko** MdB DIE LINKE



### Kontakt:

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB  
Augustastr. 69  
52070 Aachen

Telefon 0241/990 68 25-0  
Telefax 0241/990 68 25-1

**Mitglied  
werden.  
Hier und  
jetzt!**  
**DIE LINKE.**

**DIE LINKE.**

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen  
Augustastr. 69, 52070 Aachen

### Adresse

#### DIE LINKE Städteregion Aachen

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de  
www.dielinke-aachen.de  
Tel. 0241-9902531  
Fax 0241-9905228

#### Linkes Zentrum

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
Tel. 0241-99063820  
Öffnungszeiten:  
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/kv/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

# Eine Stimme für soziale Gerechtigkeit!

## Marika Jungblut

Heute arbeite ich in einem archäologischen Planungsbüro.

### Wie kamen Sie zur Partei Die Linke?

2007 war ich Moderatorin beim Bürgerfunk. Als sich DIE LINKE in Aachen neu gegründet hatte, wollte ich über die Partei eine Sendung machen. Hierfür besuchte ich 2007 eine Mitgliederversammlung.

Hier wurde mir schnell klar, dass ich mit dieser Partei meinem Bedürfnis nach Umsetzung einer gerechteren und sozialeren Politik näher kommen würde. Fortan nahm ich an den Fraktionsitzungen der Stadtratsfraktion teil und wurde dort als sachkundige Bürgerin gewählt. Seit Oktober 2009 bin ich Mitglied des Städteregionstags Aachen. 2012 wurde der Ortsverband Alsdorf Baesweiler gegründet, dem ich als Vorstandsmitglied angehöre.

### Warum kandidieren Sie für den Bundestag?

Viele Dinge lassen sich auf kommunaler Ebene nicht regeln. Da sind Entscheidungen auf Bundesebene gefragt.

Vor einiger Zeit sagte eine ältere Dame mir: „Ich habe mein Leben lang gearbeitet, jetzt bin ich 56 und habe meinen Job verloren, weil die Firma Insolvenz angemeldet hat, und man erwartet von mir, dass ich für 5 Euro die Stunde weiter arbeite. Ich bin nicht zu faul, aber zu stolz, mir dafür den Rücken kaputt zu machen.“ Egal, was CDU, FDP, SPD und GRÜNE versprechen, sie hatten seit Jahren die Chance, etwas zu ändern. Und was haben sie daraus gemacht? Neben den schon angesprochenen Themen ist

für mich vor allem wichtig, dass alle die Möglichkeit bekommen, ihre Grundbedürfnisse wie Wohnen, Strom, Nahrung, Bildung bezahlen zu können. Erstrebenswert wäre hier natürlich, wenn die Menschen dies wieder durch den Lohn ihrer eigenen Arbeit finanzieren könnten, was als ersten Schritt einen flächendeckenden Mindestlohn und eine gute Rente voraussetzen würde. Wir haben mittlerweile einen modernen Sklavenmarkt, der von den meisten Menschen aus Furcht vor Repressionen oder aus Resignation einfach hingenommen wird. Dies kann und darf so nicht weiter gehen.

DIE LINKE muss im Bundestag weiterhin der Stachel im Fleisch sein. Denn ohne Druck und Kontrolle der Linken wird es mit Sicherheit noch schlimmer. DIE LINKE ist die EINZIGE Oppositionspartei! Die Aussage „Wir nehmen Bürgerinnen und Bürger ernst“ haben mittlerweile auch die anderen Parteien als öffentlichkeitswirksames Mittel für Kampagnen entdeckt, ich stehe dafür, dass wir es dann auch wirklich tun!

### Welche Themen liegen Ihnen am meisten am Herzen?

Ein Hauptthema ist der Umweltschutz. Die Grünen stehen zwar immer noch mit ihrem Namen für die Umweltpolitik, aber leider sind diese auch schon all zu sehr mit den Lobbyisten verflochten. Dies zeigt sich bei vielen Bauvorha-



ben, wenn es um den Naturschutz- und Klimaschutz geht, aber auch beim Thema Fracking, dem ich mich schon seit 2 Jahren widme. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich definitiv gegen das umstrittene, Grundwasser verseuchende Gasbohren ausspricht. Weitere wichtige Anliegen sind die Bekämpfung von Korruption und Lobbyismus sowie

der sich immer mehr um sich greifenden Privatisierung. Dass uns dies letztendlich alle teuer zu stehen kommt, ist absehbar. Deshalb hier ein klares NEIN, auch zur Privatisierung des Wassers, wie es auf EU Ebene geplant wird. Die Unterstützung von Frauen und auch insbesondere die Situation von Alleinerziehenden liegen mir ebenfalls sehr am Herzen, und ich möchte mich für diese Gruppen ganz besonders stark machen.

### Vielen Dank für das Gespräch.

#### Kontakt:

Augustastr. 69  
52070 Aachen

Telefon 0241/990 68 25-0  
Telefax 0241/990 68 25-1

## KONSEQUENT SOZIAL

### Hartz-IV-Treff

Mittwochs, 15 bis 17 Uhr  
Linkes Zentrum Aachen  
Augustastr. 69

### LINKE Sozialsprechstunde

immer am 2. und 4. Mittwoch im  
Monat, 17 bis 19 Uhr  
Linkes Zentrum Aachen  
Augustastr. 69  
im Auftrag von MdB Andrej Hunko

### LINKE Sozialsprechstunde

immer am 3. Montag im Monat,  
15.30 bis 18 Uhr  
Rathaus Eschweiler, Raum 13  
Johannes-Rau-Platz 1  
im Auftrag von Ratsmitglied Albert Borchardt



## Frühstück für alle! - ... und keiner is(s)t allein

Frühstück im linken Zentrum Aachen,  
jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 13 Uhr

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern das Gespräch gesucht werden.



**Adressen**

**Fraktion DIE LINKE im Städtereionstag**

Haus der Städtereion: 1. OG, Raum E 180,  
Tel.: 0241 / 5198 3305  
Zollernstraße 10 | 52070 Aachen  
eMail: dielinke-fraktion@staedtereion-aachen.de  
www.dielinke-staedtereionstag.de  
Fraktionssitzungen (14tägig) mittwochs ab 17:00 Uhr  
**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen**  
Verwaltungsgebäude Katschhof | 52062 Aachen,  
1. OG, Raum 139 | Tel.: 0241 / 432 7244  
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de  
www.fraktion-dielinke-aachen.de  
Fraktionssitzungen in der Regel wöchentlich montags ab 18 Uhr  
**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath**  
Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121  
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de  
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com  
Postadresse: Fraktion DIE LINKE  
Im Rat der Stadt Herzogenrath  
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath

**Bürgersprechstunde** jeden Montag  
18:00 bis 19:00 Uhr

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg**

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg  
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20  
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de  
www.dielinke-stolberg.de  
Fraktionssitzungen (14tägig) montags ab 19:00 Uhr

**Bürgersprechstunde** jeden Donnerstag  
15:00 bis 17:30 Uhr

**DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf**

**Hartmut Knippschild**  
Rathaus - Hubertusstr. 17 | 52477 Alsdorf  
eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de  
www.dielinke-alsdorf.de | Tel.: 0160/5518854  
**DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler**  
**Albert Borchardt**  
Rathaus - Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler  
eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de  
www.dielinke-eschweiler.de | Tel.: 0179/648 3205

**Bürgersprechstunde und Sozialsprechstunde**  
jeden 3. Montag im Monat  
jeweils 15:30 - 18:30 Uhr | Rathaus, Raum 13

**DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau**

**Erika Krebs**  
Rathaus - Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau  
erika.krebs@dielinke-aachen.de  
www.dielinke-nordeifel.de

**Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB**

AugustasträÙe 69 | 52070 Aachen  
Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1  
eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de  
www.andrej-hunko.de  
Sprechzeiten: Montags 11 bis 13 Uhr, und  
Donnerstags 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung  
**Sozialsprechstunde** Bundestagesbüro Andrej Hunko  
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Interessante Veranstaltungen zu diversen Themen bieten:

**Evangelische Stadtakademie Aachen**

Haus der Evangelischen Kirche  
Frère-Roger-StraÙe 8-10 (früher: Michaelstraße)  
52062 Aachen | Telefon: 0241/453-162  
http://www.stadtakademie-aachen.de

**Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen**

Bischöfliche Akademie / August-Pieper-Haus  
Leonhardstr. 18-20  
52064 Aachen | Telefon: 0241/47996-0  
http://www.bischoefliche-akademie-ac.de/

**Erwerbslosenberatung gibt es u.a. an folgenden Stellen:**

**Beratungsstelle Aachen - Berufsverband d. KAB Diözese Aachen e.V.**

Martinstraße 6 | 52068 Aachen  
Telefon: 0241/4001860 5 | Fax: 0241/4001864  
http://www.kab-aachen.de



http://www.joycenter.net  
0241 - 47587863

**Mitmachen – Mitgestalten – Mitentscheiden**

Welche Themen sind Ihnen wichtig? Sagen Sie uns Ihre Meinung. So können wir uns für Ihre Interessen in der Städtereion noch besser einsetzen!

eMail: wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

**postalisch**

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag  
Stichwort "Leserbrief"  
Haus der Städtereion  
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Besuchen Sie auch unsere **Onlineumfrage** auf **www.wir-online.org**

Wir freuen uns besonders auf weitere Vorschläge, Anregungen und Kritik von Ihnen!

Was sind die Themenbereiche, die Sie persönlich bewegen?  
.....



http://www.dielinke-nrw.de



Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!



Ja, ich möchte im Bundestagswahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

**WIR**



**Bestellschein:**

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städtereionstag erhalten.  
Bitte schicken Sie "WIR in der Städtereion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:  
.....

Name, Vorname  
.....

Postleitzahl, Ort, Straße  
.....

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5 198 3305

**Impressum:**

**WIR in der Städtereion**  
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städtereion Aachen  
**e-mail:**  
wir-redaktion@dielinke-aachen.de  
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de  
**Redaktion**  
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),  
Robert Boltz, Albert Borchardt,  
Hans Janosch, Marika Jungblut,  
Anja Linz, Dirk Makowski,  
Andreas Müller  
**Layout**  
Andreas Becker, Albert Borchardt  
**Fotos:**  
www.pixelio.de, wikimedia commons,  
Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV  
Städtereion Aachen, Archiv DIE LINKE  
NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Druck**  
Euregio Druck GmbH, Aachen  
**Auflage**  
25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.  
Ihr seid toll.

**Nächste Ausgabe:**  
Redaktionsschluss Mai 2013  
Ausgabe: Juni/Juli 2013